

Volle Arbeitszeit

Teilzeitbeschäftigte Lehrerin klagte mit Erfolg

Eine mit halber Stundenzahl beschäftigte Lehrerin wird auf einer einwöchigen Klassenfahrt wohl kaum nach zweieinhalb Tagen ihren Job einstellen. Gleichwohl bekamen solche Lehrkräfte bisher nach der „allgemeinen Dienstordnung“ auch bei Klassenfahrten nur eine Teilzeitvergütung.

Damit soll zumindest im Angestelltenbereich jetzt Schluss sein. Das Arbeitsgericht Wuppertal, das sich auf Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts stützt, stellte sich jetzt hinter eine Lehrerin einer Schule für geistig Behinderte, die mit Rechtsanwalt Dr. Wiese die Gehaltsdifferenzen für zwei Klassenfahrten im Juni 2002 und im Juli 2003 eingeklagt hatte.

Vor dem Arbeitsgericht geriet vor allem der § 15 der „allgemeinen Dienstordnung“ ins richterliche Visier: „Der Umfang der Dienstpflichten der teilzeitbeschäftigten Lehrer und Lehrerinnen (Unterrichtsverpflichtung und außerunterrichtliche Aufgaben) soll der reduzierten Pflichtstundenzahl entsprechen.“

Anstatt des eher wachweichen „soll“ fordert das Bundesarbeitsgericht eine klare Unterscheidung zwischen der zeitlichen Beschränkung des Unterrichts und „dem Umfang der vom Lehrer außerhalb der Unterrichtserteilung zu leistenden Tätigkeiten, wobei in zeitlicher Hinsicht die Lehrkräfte während einer Klassenfahrt praktisch während der gesamten Dauer mit Betreuungs- und Aufsichtsarbeiten beschäftigt sind.“ Deshalb sei die Klägerin für die eingeklagten Zeiten „auch wie eine Vollzeitkraft zu vergüten.“ (AZ: 4 Ca 5229/03).

-ring

WAZ März 2004